

Annoucen.  
Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Exposition dieser Zeitung  
Wollmühlstr. 17.  
bei C. F. Miel & Co.  
Breslaustr. 14.  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streifand,  
in L. eserik bei Ph. Matthias

Mittag-Ausgabe.  
**Posener Zeitung.**  
Dreimundachtigster Jahrgang.

Annoucen.  
Annahme-Bureau.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien,  
bei C. F. Miel & Co.,  
Hafenstr. 14.  
Rudolph Meye.  
In Berlin, Dresden, Göttingen,  
beim „Invalidendank“.

Nr. 893.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 20. Dezember.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petitzeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

**Am tliches.**

Berlin, 18. Dezember. Der König hat geruht: den Hof- und Domprediger, Ober-Konfessorialrath D. Roegel in Berlin zum Ober-Prediger mit dem Range eines Rathes erster Klasse und der Befugnis den seidenen Talar zu tragen, zu ernennen; ferner den Bürgermeister und Stadtsyndikus Berndt zu Glogau, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, als unbefehlten Beigeordneten der genannten Stadt für eine fernere Amtsperiode, sowie den Bürgermeister Born zu Zeitz, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, für eine fernere Amtsperiode als Bürgermeistermeister der genannten Stadt zu bestätigen; und den Ober-Bergamtssekretären Nehms zu Halle a. S. und Riß zu Bonn, sowie dem Bergwerks-Direktionssekretär, Rechnungsrevisor Bischof zu Saarbrücken den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen.  
Dem Oberlehrer am königlichen Marien-Gymnasium zu Posen Joseph Molinski ist das Prädikat Professor beigelegt worden.  
Der Landgerichts-Direktor von Lenthe in Kiel ist in Folge seiner Ernennung zum Geheimen Regierungsrath und vortragenden Rath im Reichs-Justizamt aus dem preussischen Justizdienst geschieden. Versetzt ist: der Amtsgerichtsrath Buchheiner in Angermünde als Landgerichtsrath an das Landgericht in Luck, der Amtsrichter Göttsche in Schrimm an das Amtsgericht in Ostrowo, der Amtsrichter Kieditz Goldap an das Amtsgericht in Raginit und der Amtsrichter Bücher in Rogasen an das Amtsgericht in Neumark. In der Liste der Rechtsanwälte sind folgende: der Rechtsanwalt Froelke bei dem Landgericht in Luck und der Rechtsanwalt Dr. Schumacher bei dem Landgericht in Wiesbaden. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Rechtsanwalt Dr. Schulmacher aus Wiesbaden bei dem Landgericht in Bonn, der bisherige Amtsrichter Michaelis in Strassburg Westph. bei dem Amtsgericht in Neumark, der Gerichtsassessor Ruhe bei dem Landgericht in Göttsche, der Gerichtsassessor Salz bei dem Landgericht in Posen, der Gerichtsassessor Wolfen bei dem Landgericht Bromberg, der Gerichtsassessor Hoffmeister bei dem Amtsgerichte in Posen, der Rechtsanwalt Dr. Bonk aus München bei dem Landgericht in Berlin und der Regierungssassessor A. D. Burchard bei dem Amtsgericht in Stendal. Der Notar Velder in Wald ist in den Amtsgerichtsbezirk Krefeld im Landgerichtsbezirk Düsseldorf, der Anweisung seines Wohnsitzes in Krefeld, versetzt. Dem Rechtsanwalt Mueller-Jochims in Halle an der Saale ist die Annahme des Familiennamens „Jochims“ gestattet. Die Wiederbeurkundung der erledigten (dritten) Notarielle in Kreuznach findet bis auf Weiteres nicht statt. Der Notar Kürten in Aachen ist in Folge rechtskräftigen Disziplinarerkenntnisses aus dem Dienst entlassen.

**Vom Landtage.**

31. Sitzung des Abgeordnetenhauses.  
Berlin, 18. Dezember. Am Ministertische: Graf zu Eulenburg, Aus und Kommissarien.  
Die Kommission zur Vorberathung der den Nothstand in Ober-Sachsen betreffenden Gesetzentwürfe ist gewählt und hat sich konstituiert: Quene (Vorsitzender), v. Knefbeck (Stellvertreter), Graf Schack Wittenau, Vobbe, Franz, v. Trepper-Bast (Schriftführer), v. Hönitz, Polke, Klettsche, Severin, Barchewitz, v. Hennebrand und der Kaiser, v. Winkingerode, v. Lützen, Birchow, Parisius, Conrad, Hermierich, Zaruba, v. Schlapowski, Rampoelt.  
Auf der heutigen Tagesordnung stehen fünf im Herrenhause bereits berathene Vorlagen von denen die erste, der Entwurf eines Ergänzungsgesetzes zu dem Gesetze vom 9. März 1872 über die den Provinzialbeamten zu gewährenden Vergütungen, ohne Debatte in erster und zweiter Beratung genehmigt wird.  
Der Gesetzentwurf betreffend die Ausführung des Reichsgesetzes über Abwehr und Unterdrückung von Viehsuchen wird an die Agrarkommission gemittelt.  
Der Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der kommunalständigen Verbände in der Provinz Pommern wird auf Antrag des Abg. Schmidt (Stettin) en bloc angenommen.  
Desgleichen ohne Debatte die Vorlage, betreffend die Veränderung der Grenzen des Stadtbezirks Berlin und des Kreises Teltow.  
Der Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung des kommunalständigen Verbandes der Neumark veranlaßt den Abg. v. Meyer (Arnswalde) zu folgenden Bemerkungen: Die zwölf Kreise der Neumark haben Jahr um Jahr einen kommunalständigen Verband gebildet, als dessen Vertretung der Kommunalparlament in Rastin tagte. Er wäre gewiß auch der Reform fähig gewesen, indessen es ist einmal anders beschloffen worden. Die Provinzialordnung hat ihn zwar formell nicht aufgelöst, aber thatsächlich in die Provinz eingegliedert. Man hat der Neumark in der Provinzialordnung die Kreise Dramburg und Schenkelheim abgezogen und dem Landtage das wesentlichste Feld seiner Thätigkeit, die Landarmenverwaltung entzogen, die Geschäfte, die von den drei Ständen des Landtags zu besorgen waren, reduziert sich derartig auf ein Minimum, so daß ein Stand, der der Städte, sehr geneigt war, auszuscheiden. Dadurch wären wir beschlußunfähig geworden. Da trat denn an den Landtag die Frage heran, ob er überhaupt noch fortzistiren und eine Scheinexistenz fristen sollte, oder ob er es nicht vorzöge, sich aufzulösen. Wir haben es vorgezogen, von echt konservativem Standpunkte aus uns aufzulösen. Wir gewannen wenigstens den Vorzug, daß wir ein politisches Testament machen konnten, um nicht einer parlamentarischen Bureaucratie nachgeliefert zu unterliegen. Die Ritterschaft des Kommunalparlamentes hat außerdem auch über ihr Privateigenthum einen Verzicht gemacht, um die Garantie bieten, das große Verwaltungsamt zu machen, Stipendien. Man hat namentlich den Zweck dabei im Auge gehabt, mit diesen jungen Herren Material für angehende Landräthe zu schaffen. Sie werden mir zugeben, daß das gewiß im Sinne der Selbstverwaltung liegt. Jetzt handelt es sich nur noch darum, die formelle Auflösung des Kommunal-Landtages zu befehlen. Der Gesetzentwurf, wie er vorliegt, ist von dem Kommunal-Landtag

der Neumark, der vor 6 Wochen hier versammelt war, einstimmig angenommen, das Herrenhaus hat ebenfalls zugestimmt und die Regierung, die den Entwurf vorlegt, stimmt sicher zu. Bitte, nehmen Sie das Gesetz en bloc an. (Beifall.)  
Das Haus tritt diesem Antrage bei.  
Damit ist die Tagesordnung erledigt.  
Präsident v. Köller: Meine Herren! Durch die anhaltenden Sitzungen, welche wir in der letzten Woche gehalten haben, sind wir in die Lage gekommen, daß augenblicklich spruchreifes Material für die Plenarsitzungen wenig vorliegt; es sind einige Petitionsberichte, welche in der von der Geschäftsordnung geregelten Reihenfolge an einem Mittwoch zur Verhandlung kommen werden, ferner zwei Anträge von Mitgliedern (v. Tiedemann und v. Meyer), sodann die dritte Lesung der vier heute erledigten Gesetze und die erste Lesung der aus dem Herrenhause und von der Regierung in der letzten Zeit eingegangenen Vorlagen. Ich bin daher nicht in der Lage, in den nächsten Tagen noch eine Plenarsitzung abzuhalten. Es ist aber Vorsorge getroffen, daß die Verwaltungskommission noch während der Weihnachtsferien ihren Bericht über das Zuständigkeitsgesetz feststellen, drucken und an die Mitglieder theilen lassen wird, so daß innerhalb der Parteien in den ersten Tagen nach dem Wiederzukommen der Plenarsitzungen über das Gesetz erfolgen und sofort die zweite Lesung des Zuständigkeitsgesetzes vorgenommen werden kann. Es wird auch Vorsorge getroffen werden, daß in den ersten Tagen nach Neujahr die Budgetkommission diejenigen Theile des Etats, welche der zweiten Lesung noch entbehren, alsbald in Verhandlung nehmen wird, nämlich außer dem Etatsgesetz, den Steuererlass, den Antrag Richter, die Etats der allgemeinen Finanzverwaltung, der direkten und der indirekten Steuern. Es wird also möglich sein, daß nach Neujahr die Plenarsitzungen wieder in unmittelbarer Reihenfolge nacheinander stattfinden können.  
Schluß 12 Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend, den 8. Januar 1881, 11 Uhr. Dritte Lesung der heute erledigten vier Gesetze; erste Lesung der Gesetzentwürfe, betreffend die Befugnisse der Strombauverwaltung, gegenüber den Uferbesitzern, die Aufhebung der Ufer-, Wurz- und Pegungsordnung für das Herzogthum Schleßen und die Grafschaft Glatz; den Nachtrag zum Staatshaushaltsetat, die Verwendung der Jahresüberschüsse der Verwaltung der Eisenbahnangelegenheiten und die Vereinigung der Landgemeinde Oberbonsfeld mit Langenberg.)

**Politische Uebersicht.**

Posen, 20. Dezember

Dem Abgeordnetenhaus ist ein Entwurf betreffend die Verwendung der Jahresüberschüsse der Verwaltung der Eisenbahnangelegenheiten zugegangen. Nach § 1 des Entwurfes sollen jene Jahresüberschüsse vom Etatsjahre 1881/82 ab 1) zur Verinsung der jeweiligen Staatseisenbahnkapitalien, 2) zur Ausgleichung eines etwa vorhandenen Defizits in der Staatsverwaltung, welches andernfalls durch Anleihen gedeckt werden müßte, bis zur Höhe von 2,200,000 Mark und 3) zur Bildung eines Eisenbahnreferendums verwendet werden. Der Entwurf bildet bekanntlich die Erfüllung einer in den vorgenannten Bestimmungen gipfelnden Resolution des Abgeordnetenhauses.  
Auch das 4. Verzeichniß der beim Abgeordnetenhaus eingegangenen Petitionen enthält wiederum mehrere, die ein weiteres Interesse in Anspruch nehmen dürfen. Die westfälische Provinzialsynode fordert, daß es mit angemessener Strafe belegt würde, wenn katholische Geistliche von Verlobten verschiedener Konfession das Versprechen verlangen, die aus der Ehe zu erwartenden Kinder in der katholischen Religion zu erziehen. Ferner wird mehrfach um Einführung der geheimen Abstammung für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und für die Kommunalwahlen petitionirt. Interessenten ersuchen um Herstellung einer direkten Bahnverbindung von Posen nach Bromberg auf Staatskosten; zahlreich sind auch die Wünsche aus Lehrerkreisen um Erlass eines Pensionsgesetzes und dergleichen mehr. Noch erwähnen wir eine lange Reihe von Petitionen städtischer Verwaltungen um Abänderung der Kreisordnung hinsichtlich der Bestimmungen über die Aufsicht der Städte mit mehr als 10,000 Einwohnern durch den Landrath; sowie verschiedene Abänderungsvorschläge gegenüber den Gesetzentwürfen, betreffend die Einsetzung von Eisenbahnräthen, und die Errichtung von öffentlichen ausschließlich zu benutzenden Schlachthäusern.  
Zu den bedenklichsten Erscheinungen im politischen Leben gehört die Inanspruchnahme monarchischer Gesinnung für eine einzelne Partei, wie es seitens der Konservativen geschieht. Diese Versuche, die anderen Parteien gewissermaßen als außerhalb der Verfassung stehend hinzustellen, sind nicht nur dazu angethan, die politischen Gegensätze in allertraurigster Weise zu verschärfen, sondern auch durch die Hereinziehung der höchsten Person des Monarchen in das Parteigetriebe das monarchische Prinzip, das man zu vertheidigen vorgiebt, aufs Tiefste zu verletzen. In dieser einen Hinsicht sollte man doch wenigstens aus der neueren Geschichte Englands und Frankreichs das, was noth thut, lernen. Dort in England ein unangefochtenes und starkes, weil über den Parteien stehendes Königthum trotz der Macht des Parlamentes, hier in Frankreich trotz des meist absoluten Regimes der Sturz von vier Dynastien, weil sie sich mit einzelnen Parteien identifizierten. Anlaß zu dieser Mahnung giebt uns nicht das bekannte Gebahren der „Nordd. Allg. Z.“, die munter fortfährt, auf solche Weise gegen den Liberalismus weiterzuwühlen, sondern die Thatsache, daß die Konservativen vom Schlage der Stöcker und Strosfer wieder anfangen, wie bei den

letzten Wahlen, jene oberjerrigte Art ganz unzulässiger Agitation in die Volksversammlungen zu tragen. So geschah es am Donnerstag Abend im Verein der Konservativen der Souisenstadt; dort rief Herr Strosfer, der, wer seinen König lieb habe, nur christliche konservative Männer zu Rathgebern des Königs wählen dürfe, worauf Herr Stöcker den Kampf zwischen Konservativen und Liberalen als Kampf zwischen Monarchie und Anarchie, Christenthum und Unglaube, Brüderlichkeit und Egoismus vorstellte. Wir möchten denn doch bei Zeiten ernstlich mahnen, die schon so zahlreichen wirklich bestehenden Gegensätze in unserem Volke nicht durch einen imaginären, aber um so aufregenderen zu vermehren.

Das „Braunschweiger Tagebl.“ bemerkt zu der Streitfrage, welche Stellung der Herzog von Braunschweig zu dem bekannten Telegramm an die hannoverschen Welfen einnehme:

„Nach unseren Informationen scheint es ziemlich gewiß zu sein, daß Se. Hoheit der Herzog weder an der Unterschrift noch an der Fassung jenes verhängnißvollen Telegrammes denjenigen Antheil hat, der ihm fortwährend beigegeben wird. Wie gewöhnlich ist auch in diesem Falle eine Person seiner Umgebung mit der Erledigung der in solchen Fällen regelmäßig gebräuchlichen Förmlichkeiten beauftragt worden und hat sich dabei der bei derlei Antworten herkömmlichen Form bedient, in den nämlichen, von den Unterzeichnern gewählten Prädicaten und Wendungen zu sprechen. Daß dieser Modus im vorliegenden Falle eine Unvorsichtigkeit gewesen ist, die von wenig diplomatischer Ueberlegung zeugt, kann nicht geleugnet werden und wird sicherlich von dem betreffenden Hofbeamten jetzt ebenfalls bereits eingesehen sein, nachdem die ungeheure Lawine von Vorsein gekommen ist, zu der jenes Schneefeldchen sich allmählig entwickelt hat. — Ist dem aber in der That so, — und wir haben die triftigsten Gründe, die vollkommene Richtigkeit dieser Darstellung des Sachverhaltes anzunehmen, — so vermag man um so weniger zu begreifen, was die unüberholene Darlegung eines so harmlosen Malheurs verbietet. Wir bleiben dabei: nicht ein tendenziöser politischer Akt, sondern eine rein persönliche, ohne alle Nebenabsichten und völlig cavalierement gemeinte Artigkeit ist beabsichtigt worden, und darum gilt auch hiervon wieder das alte Spruchwort: parturiunt montes, nascetur ridiculus mus.“

Die antisemitische Versammlung, welche am Freitag Abend in den Reichshallen stattfand und, wie zu erwarten war, unter ungeheurer Theilnahme, verlief — so schreibt die „Vib. Korresp.“ — in einer Weise, wie sie selbst in Berlin noch unerhört ist. Mehrfach entwickelten sich blutige Schlägereien, sobald nämlich einzelne anwesende Juden entdeckt und von dem rohen Haufen hinausgeworfen wurden. Wir müßten uns den christlich-sozialen Ton aneignen, um der Empörung Ausdruck zu geben einerseits über die alles überwuchernde sittliche Verwilderung, wie sie in Folge einer Agitation, die im Namen des Christenthums getrieben wird, um sich greift und andererseits über die niedrige Heuchelei, mit welcher ein Abzweig jener Agitation sich nunmehr als liberal-christlich zu bezeichnen wagt. Nach den gestrigen Vorgängen wird man allerdings Niemanden damit dupiren können, ebensowenig wie mit dem schwungvollen Mißbrauch der Worte „Deutsch“, „Christlich“, „Ideal“ für ihre brutalsten Gegensätze. Daß der ganze Hummel in Wahrheit gegen den Liberalismus gerichtet ist, geht aus dem Bericht hervor, den wir weiter unten folgen lassen.

Der Vorstand des gegen 400 Mitglieder zählenden Jserlohner Bürgervereins hat unter dem 30. v. M. eine Petition an das Abgeordnetenhaus gerichtet, dahin gehend, das Abgeordnetenhaus wolle dahin wirken, daß eine Gesetzesbestimmung getroffen werde, wonach Personen, welche sich in Ausübung kommunaler Ehrenämter zum Nachtheile der Gemeinde grober Versehen schuldig gemacht haben, durch die Aufsichtsbehörde dieser Ämter für verlustig zu erklären seien. Veranlassung zu dieser Petition ist folgender Vorfall: Im Jahre 1873 verschwand von Jserlohn der städtische Leihhaus-Kendant unter Hinterlassung eines bedeutenden Kassendefizits. Die Untersuchung ergab, daß dem ungetreuen Beamten sein Vergehen dadurch erleichtert worden war, daß der Kurator und die Administration des Leihhauses, sowie die Mitglieder der Revisionskommission die im Statut vorgesehene Revision zum Theil gar nicht, zum Theil in ungenügender Weise ausgeübt haben. Die Stadtverordneten-Versammlung glaubte diese Personen, 16 an der Zahl, für ihr grobes Versehen regreßpflichtig machen zu können und versuchte von ihnen den Betrag des Kassendefizits nebst Zinsen einzuziehen. Keiner der 16 Herren kam jedoch der Zahlungs-Aufforderung nach und die Stadtverordneten-Versammlung beschloß im August dieses Jahres, von einer Klage gegen die am Leihhausdefizit mitschuldigen 16 Personen abzusehen. Es fällt dadurch das Defizit im Betrage von ca. 25,000 Mark den steuerzahlenden Bürgern Jserlohns zur Last. Der Vorstand des Jserlohner Bürgervereins hat mittelst Eingabe vom 16. Septbr. die königliche Regierung zu Arnswalde um Beanstandung dieses Beschlusses ersucht. Die Regierung hat auf dieses Gesuch unterm 27. September c. abschlägigen Bescheid ertheilt, da sie nach § 78 der Städteordnung zur Beanstandung des Beschlusses nicht in der Lage sei. Nun nehmen von den 16 Herren mehrere noch heute Stellungen im Magistrats- resp. Stadtverordneten-Kollegium und andere städtische Ehrenämter ein. Das Vertrauen zu den



selben hat im Publikum bedeutend gelitten, aber es besteht keine Gesetzesbestimmung, auf Grund deren die Betreffenden vor Ablauf ihrer Wahlperiode ihrer Ämter enthoben werden können. Aus dieser Veranlassung hat der Bürgerverein sich mit seiner Petition an das Abgeordnetenhaus gewendet.

Die kirchlichen Liberalen der Provinz Hannover wollen, wie der „Lib. Korresp.“ mitgeteilt wird, am 26. Januar 1881 zu Sameln eine Landesversammlung halten, auf welcher neben der schwebenden Gefangenschaft auch die brennenden Fragen erörtert werden sollen, welche Herr v. Bennigsen neulich im Abgeordnetenhaus zum Mißbehagen der Herren Brüel, Windthorst und Strosch und auch wohl nicht gerade zur Genugthuung des jetzigen Herrn Kultusministers behandelte. Hatte diese Rede für die Landesvertretung ihre Bedeutung, so ist sie für die Provinz Hannover geradezu ein Ereignis. Die dortigen Blätter begnügen sich nicht, sie nach dem stenographischen Bericht wiederzugeben, sondern widmen ihr lange Artikel; in Göttingen ist eine Dankadresse beschlossen u. s. f. Um dies zu verstehen, muß man wissen, daß Herr v. Bennigsen zwar zur althannoverschen Zeit, wie er selbst in Erinnerung brachte, an der Entwicklung der lutherischen Landeskirche im Sinne des Protestantenvereins (welcher er 1863 in Frankfurt mitgestiftet hatte) eifrig theilgenommen, seit der Annexion aber sich von derselben ganz zurückgezogen und ferngehalten hat. Auf diesen Umstand haben seine davon betroffenen Freunde und Anhänger immer einen guten Theil des Uebermuths geschoben, mit welchem die herrschende konfessionspolitisch-orthodoxe Richtung im Landeskonfistorium und in der Landessynode die liberalen Prediger und Gemeinden behandelte. Herr v. Bennigsen's Motiv war gewiß ein gutes und rühmliches: als Hauptvertreter der preussischen Partei in seinem Heimatlande dachte er den streng lutherischen Pastoren und ihrem gläubigen Anhang die Ausöhnung mit der neuen Staatsangehörigkeit zu erleichtern, wenn er sie auf kirchlichem Boden weiter nicht angriff, ihnen namentlich jede Furcht benahm, daß im Gefolge der staatlichen Einverleibung auch die ihnen besonders verhaßte preussisch-evangelische Union über sie kommen werde. Allein er hat uns am 10. Dezember selbst gesagt, wie wenig diese Enthaltensweise der liberalen Führerschaft gefruchtet hat. Auf die politische Haltung der Pastoren in ihrer Masse hat sie nicht den geringsten Einfluß geübt. Sie haßten Preußen wegen der Union und die Union wegen Preußens, — man weiß nicht recht, was mehr! Ihre Inkarnation ist der Abgeordnete Brüel, der politische Zwilling Bruder Windthorst's, den sie deshalb auch an die Spitze des künftigen Synodalausschusses gestellt haben. Herr v. Bennigsen hat sich das Verdienst erworben, auf diesen eigentlichen Sitz der Feindschaft gegen alles Preussische, Reich, Staat und untrübe Kirche, sowohl die Regierung wie die Parteien einmal recht nachdrücklich hingewiesen zu haben. Zugleich hat er — wie früher schon gelegentlich Minister Rath, als er noch im Amte war — seine freisinnigen hannoverschen Landsleute aufgefordert, sich der Mittel ihrer Kirchenverfassung kräftig zu bedienen, um in den Synoden die Mehrheit zu erlangen und damit auf dem sichersten und wohl auch kürzesten Wege ihrer Bedränger Herr zu werden. Hierfür hat der Verband der nordwestdeutschen Protestantenvereine namentlich in den letzten fünf Jahren durch Wanderpredigt, Gründung neuer Ortsvereine und Provinzialversammlungen auch schon nicht ganz wenig gethan. In den meisten erheblichen Städten der Provinz, einigermassen auch schon auf dem Lande, sind die Kirchenvorstände jetzt entschieden liberal. Da aus ihnen die Bezirksynoden hervorgehen, aus diesen die Landessynode, so ist augenblicklich die Bahn betreten, welche zum Ziele führt. Was bisher noch zu wünschen übrig blieb, war grade eine ausgesprochene Forderung und Ermutigung dieser Arbeit durch den angesehensten liberalen Führer der Provinz. Die jüngsten Ausdehnungen der Konfessionsgewalt haben ihn nun aus seiner langen Zurückhaltung hervorgerufen; und da er seine Stimme sogleich recht laut und eindringlich erhoben hat, so begreift man, daß die bebrängten liberalen Kirchengemeinden Hannovers, vor Allem in Osnabrück, voller Freude sind. Einen stärkeren Schlag hat die Macht der weltlich-lutherischen Orthodoxie in jener Provinz noch kaum erlitten. Wenn das allgemeine Feldgeschrei dort lautet: Brüel und Windthorst gegen Bennigsen, so werden auf die Dauer außer der nun einmal unheilbar herrschsuchtskranken Geistlichkeit wohl nur sehr wenige zurückgebliebene ländliche Kreise bei der ersten Fahne aushalten.

Die Antwort Rochefort's auf den mitgetheilten Brief des Herrn Joseph Reinach (aus Frankfurt) ist für den „Gemüthszustand“ des Chef-Redakteurs des „Intransigeant“ sehr bezeichnend: „Junger Schurke. Gerade weil der mir von Joly diktierte Brief für meine Ehre verlegend war, habe ich ihn nicht an Gambetta geschickt. Wo Sie auch das Manuskript desselben, welches ohne Datum und ohne Adresse war, gefunden haben, Sie hatten nicht das Recht, den Brief zu nehmen oder zu veröffentlichen. Sie machen Ihren Eintritt in das politische Leben mittelst eines Diebstahls, einer Fälschung und einer Feigheit. Sie werden es weit bringen. Ich werfe Ihnen so viel Speichel ins Gesicht (je vous envoie a la figure assez de crachats), daß Ihr ehrenwerther Patron seinen Theil davon erhält. Henri Rochefort.“ Dieser Brief hat natürlich den Protégé Gambetta's nicht veranlaßt, den Laternenmann zu fordern, der sich, wie versichert wird, körperlich und geistig in einem Zustande befindet, welcher ihn für den Augenblick kaum zurechnungsfähig erscheinen läßt. Inzwischen zieht diese Skandalaffäre immer weitere Kreise. Herr Reinach, der Intimus des Kammerpräsidenten, hat die wegen Veröffentlichung des Briefes Rochefort's von Seiten des Letzteren an ihn ergangene Herausforderung abgelehnt, während er seinerseits wegen eines Schmähartikels einen Redakteur des „Pays“ zum Duell herausforderte. Der Parteigenosse Paul de Cassagnac's ließ sich nun die Gelegenheit nicht entgehen, zugleich an Herrn Reinach und an Gambetta Revanche zu nehmen. Der „Nat. Ztg.“ wird hierüber gemeldet: Der Redakteur des „Pays“ Roget weigert sich, Herrn Reinach Genugthuung zu geben und Paul de Cassagnac erklärt im „Pays“, kein anständiger Mensch werde sich mit Reinach schlagen, bevor derselbe sich nicht Rochefort gestellt habe.

Die „Aurora“ veröffentlicht den lateinischen Text sowie eine „authentische“ Uebersicht der Allokution, welche Papst Leo XIII. in dem am 13. Dezember 1880 gehaltenen Konfistorium an die versammelten Kardinäle gerichtet hat. Während diese Allokution zumeist auf die orientalischen Kirchen Bezug nimmt und mit Genugthuung konstatiert, daß die armenischen Christen sich in Folge der Bemühungen des Patriarchen Hassun dem apostolischen Stuhle wieder gefügt hätten, ist die Einleitung der jüngsten päpstlichen Rundgebung dem Rothstande der katholischen Kirche im Allgemeinen gewidmet.

„Wenn es jemals“, beginnt die Allokution, „eine schwierige und an Sorgen reiche Zeit für die Kirche Jesu Christi gab, so ist dies ohne Zweifel die gegenwärtige, in welcher wir sie als Zielobjekt für die heftigsten, so mannigfachen und unablässigen Unbilden sehen, daß sie genungen ist, rastlos für die Aufrechterhaltung ihrer Freiheit, ihrer Rechte und ihrer Würde zu kämpfen. Denn während aller Orten die

Rührtheit hinsichtlich der schlimmen Anschläge wächst, wird ohne jede Achtung die göttliche Majestät der Religion verletzt, werden die katholischen Institutionen gekränkt und den Völkern mit offenkundiger Gefahr für den Glauben und für das Seelenheil unbillige Gesetze auferlegt. Wenn daher jedermann, welchem die Interessen der Christenheit am Herzen gerechten liegen, Grund hat, sich über die Gefahren und die Unglücksfälle der Kirche zu beschweren, so sind wir doch seit langer Zeit in noch höherem Grade beunruhigt und empfinden darüber einen ganz besonderen Schmerz.“

Hieran schließen sich trostreiche Ausführungen über die orientalischen Kirchen, und die Allokution endet mit der Ernennung des Patriarchen Antonio Hassun zum Kardinalpriester, sowie der Ernennung von drei weiteren Kardinälen in petto. Von den französischen Märzdekretten, der belgischen Unterrichts-gesetzgebung oder den preussischen Kirchengesetzen ist in dem Dokument zwar ausdrücklich nicht die Rede, dieselben fallen aber wohl, meint die „Nat. Ztg.“, unter die „iniquas leges“, auf welche in der Einleitung Bezug genommen wird. In der vorhergehenden Nummer hatte die „Aurora“ in einem „Windthorst e Puttkamer“ überschriebenen Artikel von Neuem der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die preussische Regierung und die Kurie zu einem „wechselseitigen Verständnisse“ (reciproca intelligentia) geführt werden könnten. Man würde aber bei der Annahme fehlgehen, daß die Kurie sich den Ansprüchen der Staatsgewalt fügen will. Vielmehr wird in dieser Hinsicht ausgeführt:

„Die Kirche hat eine von Gott eingeflektete Hierarchie, und sie muß bei der Regierung ihrer selbst unter der Verantwortlichkeit der hierarchischen Leiter frei bleiben. . . . Nun wird Niemand leugnen wollen, daß die Maßregeln darauf abzielen, die Kirche desjenigen Lebens zu berauben, welches derselben ihr himmlisches Haupt gewährt, indem dadurch einer fremden Autorität unterworfen würde, was wesentlich ihren geistlichen Firten angehört.“

Nachdem dann darauf hingewiesen worden ist, daß die preussische Regierung selbst für geboten erachtet habe, die Maßregeln abzuändern, betont die „Aurora“, daß das Zulagegesetz die Lage der katholischen Kirche nur scheinbar modifiziert habe. Das der letzteren gewährte Zugeständniß sei gefährlich, weil es geeignet sei, die Katholiken in eine verhängnisvolle Sicherheit (in una precaria sicurezza) zu wiegen; dasselbe sei ferner auch deshalb gefährlich, weil die der Regierung gewährte Vollmacht in vielen Fällen ein Mittel der Einschüchterung und der Korruption für den Klerus werden konnte. Deshalb habe denn auch das Zentrum sich veranlaßt gefunden, „das Geschenk“ zurückzuweisen. „Soll nun“, fährt die „Aurora“ fort, „dieser Zustand der Dinge, welcher die Regierung nachdenklich macht und die Katholiken kränkt, stets fort dauern, und läßt sich kein Mittel finden, denselben zu beseitigen und einen für beide Theile ehrenvollen, weil auf der Billigkeit und auf wechselseitigen Vortheilen beruhenden Frieden wiederherzustellen?“

Die „Aurora“ unterläßt jedoch, auch nur anzudeuten, zu welchen Opfern sich die Kurie bereit finden lassen würde. Vorläufig wäre ihr anscheinend damit gedient, wenn die preussische Regierung sich auf neue Unterhandlungen einlassen wollte.

Die rumänische Thronfolge-Angelegenheit kann noch immer nicht zur Ruhe gelangen. Nachdem die Personenfrage erledigt ist, tritt nunmehr eine religiöse in den Vordergrund. Der designierte Thronerbe, Sohn des Prinzen Leopold von Hohenzollern, ist römisch-katholisch und soll in dieser Konfession erzogen werden; dagegen sträubt sich die griechisch-katholische Geistlichkeit, welche erklärt, nach der Verfassung müsse der Thronerbe in der orthodoxen Religion erzogen werden. Die offiziöse bulgarische „Presse“ bespricht die Angelegenheit, welche zu zahlreichen Kontroversen Anlaß gegeben habe, und weist in peremptorischer Weise darauf hin, daß nach den Bestimmungen der Konstitution nur die direkten Thronerben in der orthodoxen Religion erzogen werden müssen. — Ob sich die orthodoxe Geistlichkeit bei dieser Erklärung beruhigen wird, ist sehr zweifelhaft.

## Die Berliner Antisemiten-Versammlung

vom Freitag Abend.

(Aus der „Nat.-Ztg.“)

Eine turbulente Versammlung, die alle sozialdemokratischen und christlich-sozialen weit in den Schatten stellt, fand am Freitag im oberen Saale der „Reichshallen“ (am Dönhofsplatz) statt: „Versammlung der antisemitisch-liberalen Partei“, unter dieser Bezeichnung wurde im reaktionellen Theile einiger Zeitungen auf diese Versammlung aufmerksam gemacht. „Versammlung aller wahrhaft freisinnigen Bürger christlicher Religion. Gegenstand: Referat über Mittel zur Wahrung der christlich-deutschen Interessen“, so wurde im Interatenthail der Zeitungen eingeladen. An den öffentlichen Anschlagzäulen dagegen war auf unendlich großen Plakaten zu lesen: „Volksversammlung zc. Besprechung einer hochwichtigen Angelegenheit. Das Komite. Im Auftrage H. Weber.“ Diesen verschiedenen Einladungen durfte es wohl zuschreiben sein, daß eine große Anzahl Israeliten, Sozialdemokraten zc. in dieser Versammlung erschienen waren. Der große Saal war gleich nach acht Uhr in allen seinen Theilen überfüllt. Es mochten wohl mehr als 3000 Personen versammelt gewesen sein. Nachdem ein Polizei-Offizier nebst Schutzmännern neben dem Vorstandstisch Platz genommen hatte, berrät Gymnasiallehrer Dr. Henrici die Rednertribüne und erklärte, daß er Namens des Komitees die Versammlung eröffne. (Rufe: Wer ist das Komite? Juden Maul halten!) Henrici: Ich ersuche Sie, sich einen Vorsitzenden zu wählen. (Rufe: Erst das Komite nennen! Lärm.) Henrici: Ist Herr Ruppel anwesend? Ruppel: Ja wohl! Henrici: Ich frage Herrn Ruppel, ob er unter Umständen den Vorsitz übernehmen will? Ruppel: Unter Umständen werde ich den Vorsitz übernehmen. (Große Heiterkeit.) Ruppel: Ich erkläre mich nur zur Uebernahme des Vorsitzes bereit, wenn mir die Zustimmung wird, daß diese Versammlung lediglich von christlichen Männern deutscher Abstammung . . . . (Stürmischer Beifall und lang anhaltendes Getöse.) Auf der Galerie entwickelte sich eine furchtbare, Minuten lang währende Haurerei. (Rufe: Juden raus, raus, zur Geschäftsordnung!) Ruppel (fortfahrend): Ich erkläre mich nur zur Uebernahme des Vorsitzes bereit, wenn mir versichert wird, daß nur christliche Männer deutscher Abstammung in der Versammlung anwesend sind. (Stürmischer Beifall und Lärm. Rufe: Hier sind Juden, Jude Mauschels, Juden raus, raus.) Im Hintergrunde des Saales wurden eine Anzahl Juden gewaltsam unter Schlägen und Prüfen hinausgeworfen. Endlich wurde Buchdruckereibesitzer Ruppel zum Vorsitzenden gewählt. Ruppel: Ich danke Ihnen für die Wahl und bemerke, daß nur alle christlichen Männer deutscher Abstammung eingeladen worden sind. (Stürmischer Beifall und Lärm.) Wer diese Bedingungen nicht erfüllt, den fordere ich auf, den Saal zu verlassen. (Stürmischer Beifall und anhaltender förmlich betäubender Tumult. Rufe: Juden raus! Zur Geschäftsordnung! Das ist eine Volksversammlung! Eine Anzahl Israeliten entfernten sich, andere wurden geschlagen

und gewaltsam die Treppe hinunter befördert. In verschiedenen Ecken des Saales entwickelten sich Schlägereien. — Endlich erhielt ein Herr Schulz das Wort zur Geschäftsordnung. Dieser bemerkte: Es finde das Verhalten des Vorsitzenden für durchaus ungerechtfertigt, er sei dies laut öffentlichen Anschlagzäulen eine Volksversammlung und zu einer solchen habe Jedermann Zutritt. (Stürmischer Beifall und bestiger Lärm.) — Dr. Henrici: Laut Verfassung hat jeder Preuze das Recht . . . (Rufe: rausgeschmissen zu werden!) Stürmischer Beifall und furchtbare, lang andauernder Lärm. Rufe: Juden raus! Im Hintergrunde des Saales vernahm man bestige Schläge und ein furchtbares Geschrei. Henrici: Ich ersuche Sie nun, mich ruhig anzuhören. Ich will Ihnen also zunächst bemerken, daß an den Anschlagzäulen das Wort „christlich“ nicht mehr stehen darf. (Rufe: Unerböt! Es ist Alles schon verjüdet!), sonst hätte an den Säulen die Einladung anders gelaute. Dr. Henrici fährt alsdann fort: Die Herrschaft des Juden über das christliche Volk ist geradezu unerträglich geworden. Die Juden geben nun vor, sittlicher als wir zu sein und wollen damit ihr soziales Uebergewicht beschönigen. Nun, ich habe hier eine statistische Tabelle. (Rufe: Von wem ist diese Tabelle? Von anderer Seite: Fauler Jude, Junge, wenn Du nicht Dein loses Maul hältst, dann kriegt Dr. ein Paar zwischen die Köpfe! Furchtbarer Lärm.) — Vorsitzender Ruppel: Lassen Sie doch Herrn Dr. Henrici ausprechen, es findet ja alsdann eine Diskussion statt. (Rufe: Juden haben hier nicht zu diskutieren! Lärm.) Dr. Henrici verliest die bekannte, in Zeitungen vielfach erörterte statistische Tabelle, nach welcher die Juden in den letzten acht Jahren in bedeutend erheblicher Anzahl wegen Mordbrehen, Meineid, Betrug, Urkundenfälschung, betrügerischen Bankrott und Sittlichkeitsverbrechen von den deutschen Gerichten bestraft worden sind, als die Christen. Der Talmud, der allerdings als Religionsbuch der Juden abgethan ist, der aber den Juden immer noch als Heiligthum gilt, protegiert diese Verbrechen. (Furchtbarer Lärm. Rufe: Unerböt! Von anderer Seite: „Und wir müssen hier mit diesem Judenpad zusammenstehen.“ „Haut doch die Juden raus!“ Im Hintergrunde des Saales und auf den Gallerien entwickelten sich wieder Haurereien. „Juden Gut ab!“ ertönte es. Da einige Israeliten im Hintergrunde des Saales mit dem Hute auf dem Kopfe saßen, wurde denselben der Hut vom Kopfe geschlagen und unter Schlägen und Prüfen vertrieben man diese Leute zum Saale hinaus, ihre Hüte ihnen nachwerfend.) Nachdem die Ruhe wieder hergestellt, verlas Dr. Henrici einige Stellen aus dem Talmud, welche ungefähr dahin lauten: „Wer den „Goi“, d. h. den Christen betrügt, thut ein gottgefälliges Werk“, „wer eine von einem Christen verlorene Sache findet und sie den Christen wiedererhät, dem wird Gott nicht vergeben.“ „Meineide, im Prozeß gegen Christen geleistet — so wahr Dr. Henrici fort — werden als ganz besonders gottgefälliges Werk bezeichnet; ja der Talmud erzählt sogar: der liebe Gott stehe mit den Rabbinern in direkter Verbindung und ferner häufig mit ihnen über von Juden in Prozessen gegen Christen geleistete und zu leistende Meineide. (Hier erhob sich ein geradezu unbeschreiblicher Tumult, so daß der Vorsitzende, da er trotz allen Ringels die Ruhe nicht herzustellen vermochte, sich genöthigt sah, die Versammlung auf 5 Minuten zu vertagen. In den verschiednen Theilen des Saales kam es zu furchterlichen Haurereien. „Lüge, Verleumdung, unverdächtige, freche Juden“ tönte es mir durcheinander. Von Neuem wurde eine Anzahl von Israeliten unter Schlägen und Prüfen aus dem Saale geworfen.) Dr. Henrici (fortfahrend): Professor Rohling hat schon längst eine Prämie von 1000 Thalern demjenigen zugesichert, der den Nachweis führt, daß diese Sätze nicht im Talmud stehen. (Stürmischer Beifall und furchtbarer Lärm. Rufe: Bei Professor Rohling ist die Exekution fruchtlos! Wiederholte Schlägereien im Hintergrunde des Saales und auf den Gallerien.) Dr. Henrici: Bis jetzt hat sich aber noch Niemand diese 1000 Thaler verdient, so geldgierig die Juden sonst auch sind. (Stürmischer Beifall und Lärm.) Der Redner erklärte wie „Juden in mehrfachen Fällen Christen in schamlosster Weise um ihr Vermögen betrogen haben.“ Wenn Christen Aehnliches gethan haben — so fuhr der Redner fort — so ist lediglich der jüdische Geist, der in unser christlich deutsches Volk von den Juden hineingetragen, daran schuld. (Stürmischer Beifall und Lärm.) Unsere Vermögensverhältnisse haben sich arg verschoben, der Reichtum konzentriert sich immer mehr in den Händen der Juden. (Beifall und Lärm.) Vor einiger Zeit schenkte der Jude Mendel Mannheimer bei Gelegenheit seiner silbernen Hochzeitsfeier 100,000 Mark an die jüdische Altersversorgungsanstalt. (Hört, hört!) Bedenken Sie, wie unendlich reich muß dieser Jude sein. (Rufe: Verdammt der Jude-Mauschels!) Ich frage Sie, sind das gesunde Zustände? (Rufe: Nein, nein, das sind jüdische Zustände!) Ideale kennt der Jude nicht; sein Ideal ist: Geld verdienen. Der Deutsche ist befreit, so viel Kapitalien sich zu erarbeiten, um im Alter ein behagliches Leben führen zu können, der Jude will jedoch und zwar ohne Arbeit, durch Schwindel und Betrug, schnell reich zu werden und zwar unermeßliche Reichtümer sind sein Ideal. (Rufe: Sehr wahr! sehr richtig!) Für Geld opfert der Jude seinen guten Ruf und seine Ehre. (Beifall und Lärm.) Der alte Rothschild sagte einmal: „Wer mir mein Geld nimmt, der raubt mir meine Ehre, denn mein Geld ist meine Ehre.“ (Furchtbarer Lärm. Im Hintergrunde des Saales werden wieder einige Juden unter furchtbarem Geschrei hinausgeworfen.) Man sieht jetzt in Deutschland viele Christen mit schwarzen Haaren. Die Juden sind nämlich im Stande, sich für ihr vieles Geld Christenmädchen behufs Befriedigung ihrer Begierden zu kaufen, daher die schwarzen Haare vieler Christen (Stürmische Heiterkeit und Beifall.) Der Redner erzählt nun, wie ein jüdischer Kaufmann, der eine hübsche christlich-deutsche Konfektions-„hatte, dieselbe durch große Versprechungen, Geschenke zc. zu verführen suchte und da er von dem Christenmädchen schroff abgewiesen, derselben ihre Stellung kündigte. Der Begründer der „Alliance internationale israelite“, der jetzt verstorbene Jude Cremieux in Paris, der, ehe er nach Frankreich überseelte, vielleicht in Deutschland auf den Namen „Krämer“ hörte (Heiterkeit), sagte einmal: „Israel schreite mit Riesenschritten vorwärts.“ Nun wir sehen täglich, wie wahr der Ausspruch dieses Juden ist. Ganz Deutschland ist schon fast vollständig verjüdet. (Der hohen Festtage wegen bleibt mein Geschäftslokal geschlossen, derartige Zettel sieht man an einigen Tagen des Jahres, gewöhnlich immer im Monat September, an fast allen Läden prangen. Ich frage: Was sind denn das für hohe Festtage? (Rufe: Vor dem Mauschels!) Das jüdische Witzblatt, der „Kladderadatsch“, hat die Dreistigkeit zu schreiben: „Dieses Blatt erscheint täglich, mit Ausnahme der Wochentage.“ Und wissen Sie, wann dieses Blatt erscheint? „Am Schabbes.“ (Stürmische Heiterkeit u. Lärm.) Ja am Schabbes, wenn es auch vom Sonntag datirt ist. Im Jahre 9 nach Christo sagten die Germanen: Wir lassen uns nicht von den fremden Römern richten, wir können unser Volk selbst richten. Heute nach länger denn 1800 Jahren müssen wir uns gefallen lassen, daß Juden über uns zu Gericht sitzen. (Rufe: Hui! Lärm.) Ich beweise nicht die Unparteilichkeit unserer Richter allein wenn ich mir sagen muß, daß ein großer Theil unserer Richter unter solchem Einfluß erzogen worden ist, dann wird mir lange um unser deutsches Volk. (Stürmischer Beifall und furchtbarer Lärm. Im Hintergrunde des Saales und auf den Gallerien kommt es zu argen Haurereien, wobei wiederum mehrere Juden unter Prüfen und Schlägen hinausgeworfen werden. Der Redner verliest einige Stellen aus dem Talmud, wonach jüdischen Richtern anempfohlen wird, stets zu Gunsten der Juden zu entscheiden. (Ausrufe der Entrüstung.) Ich erinnere Sie, meine Herren, mit welcher Schamlosigkeit jüdische Witzblätter unsere Geistlichen karrikiren. Wenn die „Wahrheit“ sich Aehnliches gegen Rabbiner erlaubte, so würde sie gewiß sofort konfisziert werden. (Lebhafte Zustimmung.) Der Umstand, daß die Juden keine Mittel scheuen, um zu ihrem Ziele zu gelangen, hat ihnen ihre soziale Ueberlegenheit geschaffen. So sehen wir die Juden sich überall, in allen Verwaltungszweigen und Ämtern vordrängen. Wir ausgepöbelten Deutschen sind z. B. nicht im Stande, gleich den Juden einige Jahre als Privatdozenten zu sitzen und auf die Professur zu



warten, daher die große Zahl der jüdischen Professoren. Von Dichtern und Schriftstellern gehören in Deutschland dem jüdischen Volke an. Das unsere Tagespresse von den Juden vollständig beherrscht wird, ist hinlänglich bekannt. Wenn auch bei einigen liberalen Zeitungen christliche Redakteure angestellt sind, so stehen diese in jüdischem Solde. Die Juden behaupten: Sie sind patriotisch. (Lautes Gelächter.) Nun, warum sollen sie nicht patriotisch sein? Können sich die Juden ein besseres Land für ihre Bestrebungen denken als Deutschland? (Rufe: Juden-Eldorado!) Ja patriotisch mögen wohl die Juden sein, aber das deutsche Nationalbewußtsein fehlt ihnen. (Stürmischer Beifall und Lärm.) Im Jahre 1870 waren es fast lediglich Juden, die sich von der Beteiligung am offenen Kampfe gegen den deutschen Erbfeind drücken wollten, indem sie sich als Schreiber in den Militärbüroaus meldeten. (Stürmischer Beifall und Lärm.) „Vaterland“ und „Jude“ sind eben verschiedene Begriffe, die sich nicht decken. Das Wort Fortschritt bedeutet bei uns Judentum. (Stürmischer Beifall.) Die Vossische Zeitung, bekanntlich ein fortschrittliches Blatt, druckt grundsätzlich Alles, was für die Juden günstig, und unterdrückt Alles, was die Juden angreift. Das macht sie mit Urtheilen der ausländischen Presse über die Judenfrage, mit den Antworten an Dr. Förster bezüglich der Judenpetition und mit der bekannten Affaire des Bezirksvorstehers Dollfuß. (Stürmischer Beifall und Lärm.) Diesen Mann hat der fortschrittliche Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung bestätigt, weil man befürchtete, der Jude Strahmann werde ohne diese Befestigung nicht wieder zum Stadtverordneten gewählt werden. (Rufe: Strahmannleben!) Die Fortschrittler kennen eben kein deutsches Ideal mehr, ihr Ideal heißt: „Fortschrittliches Judentum“. (Stürmischer Beifall und Lärm.) Herr Professor Mommsen, ein sehr alter Herr (Rufe: der ist ja abgebrannt!) will in einer Broschüre behaupten, daß die Juden zur deutschen Nation gehören und die Erbfeinde ihrer Väter an ihren schlechten Thaten schuld sei. (Rufe: Psui!) Nun, ich wiederhole, Herr Professor Mommsen ist schon sehr alt. (Gelächter.) Was haben wir nun gegen die Juden zu thun? (Rufe: Ausräubern!) Herr Birchow sagt, wir sollen uns mit den Juden vermischen (Lautes Gelächter), dann werden sich die Gegensätze ausgleichen. (Rufe: Nie und nimmermehr!) Ich bin der Meinung, ein Volk, das seit nunmehr 32 Jahren vollständig emancipiert ist und sich so wenig dem deutschen Volksgesiste anzupassen wußte, ist für die Emancipation nicht fähig. Nicht die Juden allein, sondern auch diejenigen sind für die Lafter und Verbrechen der Juden verantwortlich zu machen, die ihnen die Emancipation verliehen haben. Im Interesse der Juden, die keinen moralischen Halt haben und nicht entsetzt werden dürfen, wenn sie nicht dem Lafter und Verbrechen in die Arme fallen sollen, ist es notwendig, die Judenemancipation wieder aufzuheben und strenge Gesetze gegen die Juden zu machen. (Stürmischer Beifall.) Das ist notwendig nicht bloß im Interesse der Christen, sondern auch im Interesse der Juden. (Beifall.) Ferner ist es notwendig, die Juden gesellschaftlich zu isoliren. Alsdann rufe ich Ihnen zu: Schafft die Judenblätter ab (Stürmischer Beifall), laßt bei keinem Juden und wählt keinen Juden oder Judengenossen! (Stürmischer Beifall), denn noch verbunden mit den Juden sind die liberalen Parteien. Die Fortschrittler, die nationalliberale Partei und die Sezessionisten sind verübelt. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo die Fortschrittspartei in Berlin gestürzt werden wird. (Stürmischer Beifall und Lärm.) Die Altenburger Wahl ist lediglich durch den bekannten fortschrittlichen Judenfond zu Stande gekommen. 1848 stand ein Judenjüngling Namens Strahmann auf der Barrikade, als jedoch die Kugeln zu schießen begannen, verkroch er sich. (Stürmischer Beifall und Lärm.) Dieser Strahmann ist heute Stadtverordneter von Berlin. (Rufe: Traurig genug!) Der Redner beantragte schließlich die Annahme folgender Resolution: „Die am 17. Dezember 1880 in den Reichshallen versammelten Bürger Berlins sind der Ueberzeugung, daß, wenn die liberalen Parteien sich ferner mit dem Judentum identifiziren, die Mehrzahl der Wähler in das konservative Lager gedrängt werden wird. Wir protestiren gegen die schamlose Koterrie, die mit dem Judenthume getrieben wird und glauben, daß der drohenden Salklosigkeit unserer Zeit nur durch Gründung einer freisinnigen von Juden freien Partei vorzubeugen ist.“ Redner schließt: Wir wollen treu zusammenstehen und mit Ulrich v. Hutten rufe ich: „Ich hab's gewagt.“ (Strengetischer Beifall; eine Menge Menschen stürzt auf den Redner zu, um ihm die Hände zu schütteln oder ihn zu umarmen.) Dr. Henrici dankt für die ihm gebrachten Hochrufe und bringt ein Hoch auf den Kaiser aus. (Hierauf Brüllgeizen, man sieht blutige Gesichter, Toben und Brüllen erschallt von allen Seiten.)

Es folgt eine Pause von einigen Minuten, wo dann der vorliegende Ruppel die Annahme der Resolution en bloc vorschlägt. Der größte Theil der Anwesenden hebt die Hand empor. Vor der Gegenprobe spricht Ruppel: „Lassen Sie uns sehen, wer den Muth hat, so undeutsch zu sein, die Hand zu erheben.“ Es erheben sich doch mehrere Hände, worauf unerschütterlicher Lärm entfährt. Ruppel spricht: „Ich hab's gewagt!“ die Häupter meiner Lieben und finde nur im Ganzen sieben. Nach einer Bemerkung des Komm.-Rath Demmler schließt Ruppel mit dem Satz: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles fest an ihre Ehre.“ Sodann fordert er zu Geldgaben auf, da der Krieg bekanntlich Geld, Geld, Geld koste. Aber wir wollen einig sein, ein einzig Volk von Brüdern zu sein.“ (Strengetischer Beifall und abermaliger Hauerreien.) Unter Hochrufen auf das deutsche Volk und mit einem gegen die Juden gerichteten Riede leert sich der Saal. — Die Polizei im Innern trat bei keiner Gelegenheit in Aktion, aber desto mehr im draußen am Dönhofsplatz wegen der sich bis auf die Straße fortspinnenden blutigen Heden.

### Briefe und Zeitungsberichte.

**Berlin, 19. Dezember.** [Der konservative Steuer-Erlaß-Plan.] Bis zur gestrigen Vertagung der Sitzungen des Abgeordnetenhauses hatten die Konservativen noch nicht mit den National-Liberalen und, so viel bekannt, auch nicht mit den Klerikalen Fühlung gesucht betreffs des von der „Konserv. Korresp.“ angeordneten Projektes einer Abänderung des Steuer-Erlaß-Vorschlages der Regierung; dasselbe befindet sich also jedenfalls noch in dem Stadium der ersten Erörterung. Bekanntlich soll es dahin gehen, nicht, wie das Verwendungsgefeß von 1879 vorschreibt, allen Steuerpflichtigen bis zu 6000 Mk. Einkommen, sondern nur denen der untersten Klassen Steuer-Rufe (Einkommen von 420 bis 600 Mk.) einen Erlaß zu gewähren; demgemäß wäre in formeller Beziehung eine Abänderung jenes Gesetzes erforderlich, woher sich die Angabe erklärt, daß der konservative Vorschlag im Zusammenhang mit dem noch nicht vorgelegten Gesetze über die Verwendung abermaliger neuer Reichsteuern, durch welches das Gesetz von 1879 ohnehin abgeändert werden soll, ausgetreten werden. Was diesen Vorschlag nun in sachlicher Beziehung betrifft, so kann man wohl sagen, daß er viel für sich hätte, falls es möglich wäre, auf einem falschen Wege einen richtigen Schritt zu machen — was aber offenbar unmöglich ist. Die unterste Klassensteuerrufe umfaßt etwa 2,700,000 Steuerzahler, welche 3 Mark Jahressteuer zu zahlen haben; wenn diesen ihre ganze Steuer erlassen wird, wie die Urheber des konservativen Vorschlages projektiren, so wird dies allerdings jedenfalls einen gewissen Einbruch auf sie machen, während ihnen so wenig der Erlaß von 75 Pfg., wie den

Steuerzahlern der nächsthöheren Stufen der Erlaß dreier ihrer Monatsraten als eine besondere Erleichterung gelten würde. Soweit liegt dem Projekt unbedingt eine zutreffende Berechnung zu Grunde. Aber andererseits kommt in Betracht, daß mehrere Millionen Steuerzahler, welche Herr Bitter bedenken will, völlig leer ausgehen würden — während auch die von 3 Mill. Klassensteuer befreiten Kontribuenten der untersten Stufe leicht auf den Gedanken kommen könnten, daß 3 M. kein Äquivalent für die Erhöhung der Verbrauchsabgaben seien; und unter denen, welche der Finanzminister, nicht aber das konservative Projekt mit einem Erlaß bedenken will, befinden sich die Steuerzahler der höchsten Klassensteuer- und der untersten Einkommensteuer-Stufen, denen nach dem Bitter'schen Vorschlage Beträge von 15 bis 40 1/2 Mill. erlassen würden — d. h. Summen, die dem mäßig begüterten Mittelstande, wenn es sich um ein derartiges Mehr oder Weniger an Steuerzahlung handelt, allerdings als beträchtlich gelten. Freilich sind das nur im Ganzen etwa 220,000 Personen, aber solche, welche bei Wahlen nicht bloß durch ihre Stimme Einfluß üben. Man sieht, um so viel, wie der Gedanke der Konservativen taktisch vor dem Regierungsvorschlage einerseits voraus hat, steht er andererseits wieder dahinter zurück. Finanziell wird für ihn geltend gemacht, daß er nur 8 Millionen statt 14 Millionen erfordere, was sicher ein Vorzug ist — nur daß die 8 Millionen so wenig vorhanden sind, wie die 14. Auf 8 Millionen Mehreinnahme gegen den Vorschlag im Bitter'schen Etat könne man rechnen, behauptet man konservativerseits; wir sehen, da nicht der geringste sichere Anhalt für eine solche Hoffnung vorhanden ist, nicht ein, wieso man eher darauf rechnen könnte, als auf 14 Millionen oder auf eine beliebige andere Summe.

### Vocales und Provinzielles.

**Bosen, 20. Dezember.**

**r. Weihnachtsbescherungen für Landwehr-Waisenkinder.** Dank den Spenden edler Wohlthäter, Gönner und Kameraden ist der posener Landwehrverein auch in diesem Jahre in die glückliche Lage versetzt, zum Weihnachtsfeste 50 arme Landwehr-Waisenkinder vollständig einkleiden zu können und dieselben um die erleuchteten Weihnachtsbäume zu sammeln, sowie einige trankelbedürftige Kameraden und eine vollständig erblindete Witwe zu unterstützen. Die Christbescherung für diese arme Kinder findet Mittwoch den 22. d. M. Abends 7 Uhr im Lambert'schen Saale statt, und es werden von dem Vorstande Vorbereitungen getroffen, diesen Akt auch in diesem Jahre zu einer schönen und würdigen Feier zu gestalten. Der Inhaber des Lambert'schen Lokals, Herr Kalkule, hat für die Christbescherung den Saal unentgeltlich zur Verfügung gestellt; allen Wohlthätern, welche zu diesem Werke edlen Wohlthuns beigetragen haben, ist es gestattet, der Bescherung beizuwohnen. — In Pleschen und Rogasen haben die Landwehrvereine zum Besten von Weihnachtsbescherungen für Kinder unbemittelter, resp. für die Waisen verstorbener Kameraden Theatervorstellungen veranstaltet, welche an beiden Orten recht günstige Resultate ergeben haben.

### Telegraphische Nachrichten.

**Wien, 18. Dezbr.** Das Abgeordnetenhaus hat heute die von der Linken bekämpften oberösterreichischen Großgrundbesitzwahlen mit 170 gegen 155 Stimmen verifizirt.

**Wien, 19. Dez.** Der päpstliche Nuntius Banutelli ist gestern hier eingetroffen. — Die „Montagsrevue“ bespricht die Note der Pforte vom 14. d. und meint, daß dieselbe neuerdings eine wohlwollendere und billigere Transaktion erschließe, welche sich selbstverständlich unter Berücksichtigung des europäischen Konzerts und auf Grundlage der Beschlüsse der Berliner Konferenz vollziehen müßte. Angesichts der Schwierigkeiten, welche sich der Verwirklichung des Gedankens eines europäischen Schiedsgerichts entgegenstellten, sei es nicht ganz unwahrscheinlich, daß Europa es vorziehen werde, die Kontroverse in das zwar langsame, aber gefahrlosere Gefälle der freien diplomatischen Erörterung zurückzulassen.

**Paris, 18. Dezember.** Effad Pascha und Musurus Pascha hatten heute eine Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen.

**Petersburg, 19. Dezbr.** Die „Agence Russe“ bezweifelt die praktische Ausführbarkeit des französischen Planes eines Schiedsgerichts zwischen Griechenland und der Türkei und weist darauf hin, daß die Vorbereitungen Griechenlands, wie vor Kurzem diejenigen Montenegros, auf eine Ausführung der von Europa getroffenen Entscheidung abzielten. — Nach hier vorliegenden Nachrichten sind die Kurden auf türkisches Gebiet zurückgekehrt.

**Moskau, 19. Dezember.** Die am Freitag arretirten Studenten sind sämtlich bis auf sechs wieder in Freiheit gesetzt worden. Die Freilassung erfolgte auf Verwendung des Rektors.

**Konstantinopel, 19. Dezbr.** Die Pforte hat an die Botschafter eine Note gerichtet, in welcher sie die in deren Note vom 5. d. M. beantragte sofortige Bestimmung der türkisch-montenegrinischen Grenze von der Bojana-Mündung über den Sazsee (?) bis nach Skutari annimmt.

**Konstantinopel, 19. Dezbr.** Der französische Botschafter Tissot wird am Dienstag dem Sultan ein eigenhändiges Schreiben des Präsidenten Grévy mit dem Großorden der Ehrenlegion überreichen. — Der Sultan empfing die Großfürstin Nikolaus mit ihren beiden Söhnen; dieselben werden ihre Reise nach Italien wahrscheinlich morgen fortsetzen.

**Bukarest, 18. Dezbr.** Das Befinden des Ministerpräsidenten Bratiano ist heute weniger befriedigend. Derselbe wird sich morgen für kurze Zeit auf sein Gut bei Pitesti begeben, da sein Zustand absoluter Ruhe bedarf.

Verantwortlicher Redakteur H. Bauer in Bosen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Telegraphische Börsenberichte.

**Fonds-Course.** Frankfurt a. M., 18. Dezember. (Schluß-Course.) Ruhig.

**Lond. Wechsel 20.15. Pariser do. 80.60. Wiener do. 171.90. R.-M. St.-A. 148 1/2. Rheinische do. 159 1/2. Hess. Ludwigsb. 96 1/2. R.-M.-R.-Antk. 130. Reichsanl. 100. Reichsbank 147. Darmst. 154 1/2. Meiningen 96 1/2. Dett.-ung. 704.50. Kreditaktien 246 1/2. Silberrente 63 1/2. Papierrente 62 1/2. Goldrente 75. Ung. Goldrente 94 1/2. 1860er Loose 122 1/2. 1864er Loose 307.00. Ung. Staatsl. 213.50. do. Dph.-Dbl. II. 85 1/2. Böhm. Westbahn 213 1/2. Elisabethb. 174 1/2. Nordwestb. 163 1/2. Galizier 241. Franzosen 233 1/2. Lombarden 83 1/2. Italiener 187 1/2. Russen 92 1/2. 1880er Russen 71 1/2. II. Oriental. 58. Centr.-Pacifc 112 1/2. Diskonto-Rommandit. —. Elbthalbahn —. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 246 1/2. Franzosen 238 1/2. Galizier —. ungar. Goldrente —. II. Orientanleihe —. 1860er Loose —. III. Orientanleihe —. Lombarden —. Schweizer. Centralbahn —. Mainz-Ludwigshafen —. 1877er Russen —. Böhm. Westb. —. \*) per medio resp. per ultimo.**

**Frankfurt a. M., 18. Dezember.** Effekten-Societät. Kreditakt. 246 1/2. Franzosen 238 1/2. Lombarden 83 1/2. 1860er Loose —. Galizier 241. österr. Goldrente 75. ungarische Goldrente 94 1/2. II. Orientanleihe —. österr. Silberrente —. Papierrente 62 1/2. III. Orientanl. —. 1877er Russen —. Meiningen Bank —. Fest.

**Wien, 18. Dezember.** (Schluß-Course.) Die Börse war durch Geschäftslosigkeit und Realisirungen gedrückt, Speculationspapiere schwächer, Renten und Bahnen ruhig. Franzosen matt. Papierrente 73.00. Silberrente 73.90. Dett.-ung. Goldrente 87.50. Ungarische Goldrente 110.47 1/2. 1854er Loose 123.50. 1860er Loose 131.50. 1864er Loose 172.25. Kreditloose 183.50. Ungar. Prämienl. 108.00. Kreditaktien 287.60. Franzosen 277.50. Lombarden 97.00. Galizier 280.50. Rast.-Oderb. 131.70. Nordbayer 138.70. Nordwestb. 189.70. Elisabethbahn 203.20. Nordbahn 248.00. Dett.-ung. ungar. Bank —. Türl. Loose —. Unionbank 114.50. Anglo-Austr. 130.75. Wiener Bankverein 140.75. Ungar. Kredit 264.50. Deutsche Plätze 57.50. Londoner Wechsel 117.70. Pariser do. 46.40. Amsterdamer do. 96.75. Napoleons 9.36. Dukaten 5.59. Silber 100.00. Marknoten 58.07 1/2. Russische Banknoten 1.20 1/2. Lemberg-Gyermow 171.50. Kronpr.-Rubol 165.50. Franz.-Loose 179.50. 4prozent. ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe 92.50. Elbthal 231.25. Nach Schluß der Börse: Anglo-Austria —.

**Wien, 18. Dezember.** Abendbörse. Kreditaktien 288.40, Franzosen 277.75, Galizier 280.75, Anglo-Austr. 131.50, Papierrente 73.02 1/2, ung. Goldrente 110.60, Lombarden 97.50, österr. Goldrente 87.60, Marknoten 58.10, Napoleons 9.36, 1864er Loose —, österr.-ungar. Bank —, Elbthalbahn —, Fest.

**Paris, 18. Dezember.** (Schluß-Course.) Fest. 3proz. amortisirt. Rente 87.50, 3proz. Rente 84.92 1/2, Anleihe de 1872 119.45, Italienische 5proz. Rente 88.30, Dett.-ung. Goldrente 75 1/2, ungar. Goldrente 97, Russen de 1877 97 1/2, Franzosen 606.25, Lombardische Eisenbahn-Aktien 212.50, Lomb. Prioritäten 277.00, Türken de 1865 12.65, 6proz. rumänische Rente —. Credit mobilier 665.00, Spanier ext. 21 1/2, do. inter. 20 1/2, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 584.00, Societe gen. 618.09, Credit foncier 1447.00, Caupier 355.00, Banque de Paris 1173.00, Banque descompte 625.00, Banque hypothecaire 612.00, II. Orientanleihe 58 1/2, Türkenloose 40.50. Londoner Wechsel 25.32, 5proz. Rumänische Anleihe —, Panama-Aktien —.

**Florenz, 18. Dezbr.** 5 pSt. Italienische Rente 90.57, Gold 20.69.

**London, 18. Dezbr.** Consols 98 1/2, Italienische 5proz. Rente 87, Lombarden 88, 3prozent. Lombarden alte 10 1/2, 3prozent. do. neue 10 1/2, 5proz. Russen de 1871 89 1/2, 5proz. Russen de 1872 88 1/2, 5proz. Russen de 1873 88 1/2, 5proz. Türken de 1865 12 1/2, 5proz. fundirte Amerikaner 104 1/2, Dett.-ung. Silberrente —, do. Papierrente —, ungarische Goldrente 95 1/2, Dett.-ung. Goldrente 74 1/2, Spanier 21 1/2, Caupier 69 1/2. Preuß. 4prozent. Consols 100 1/2, 4proz. bair. Anleihe 99 1/2, Türken —, 1873er Russen —, Ruhig.

**Madrid, 18. Dezbr.** (Schluß-Course.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 78 C. Wechsel auf Paris 5.26 1/2, 5pSt. fund. Anleihe 101 1/2, 4pSt. fundirte Anleihe von 1877 113 1/2, Erie-Bahn 47 1/2, Central-Pacifc 117, Newporf Centralbahn 145 1/2, Chicago-Eisenbahn 139 1/2.

**Produkten-Course.**

**Wien, 18. Dezember.** (Getreidemarkt.) Weizen dießiger loco 22.00 fremder loco 22.00, pr. März 21.75, pr. Mai 21.70, Roggen loco 21.50, pr. März 20.05, pr. Mai 19.80. Hafer loco 14.50. Rübsöl loco 30.00, pr. Mai 29.20.

**Hamburg, 18. Dezember.** (Getreidemarkt.) Weizen loco ruhig, auf Termine matt. Roggen loco und auf Termine matt. Weizen per Dezember 210 Br., 209 Gd., per April-Mai 211 Br., 210 Gd. Roggen per Dezember 194 Br., 193 Gd., per April-Mai 192 Br., 191 Gd. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rübsöl ruhig, loco 55 1/2, per Mai 55 1/2. Spiritus ruh., per Dezember 47 1/2 Br., per Dezember-Januar — Br., per Januar-Februar 47 1/2 Br., pr. Februar-März 47 1/2 Br., pr. April-Mai 47 1/2 Br. Raffee fest, Umsatz 3000 Sack. Petroleum besser, Standard white loco 9.20 Br., 9.05 Gd., per Dezember 9.10 Gd., per Januar-März 8.30 Gd. — Wetter: Nebel.

**Bremen, 18. Dezbr.** Petroleum. (Schlußbericht.) fest, Standard white loco 9.10 a 9.15 bez. u. Br., per Januar-März 9.25 bez. u. Br., pr. August-Dezbr. 10.00 Br.

**Wien, 18. Dezember.** (Produktenmarkt.) Weizen loco geschäftslos, auf Termine fester, pr. Frühjahr 11.65 Gd., 11.70 Br., pr. Herbst —. Hafer pr. Frühjahr 6.25 Gd., 6.27 Br. Mais per Mai-Juni 6.10 Gd., 6.12 Br. Rohraps —. — Wetter: Trübe.

**Paris, 18. Dezember.** Productenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. Dezember 28.75, pr. Januar 28.25, pr. Februar 28.10, pr. März-Juni 28.00. Roggen ruhig, pr. Dezbr. 22.25, pr. März-Juni 22.25. Mehl fest, pr. Dezember 63.25, pr. Januar 61.75, pr. Februar 61.00, pr. März-Juni 59.75. Rübsöl weichend, pr. Dezember 72.00, pr. Januar 72.75, pr. Februar 73.75, pr. März-Juni 74.75. Spiritus fest, pr. Dezember 61.50, pr. Januar 61.75, pr. Februar 61.75, pr. März-August 61.25. — Wetter: Bedeckt.

**London, 18. Dezember.** Savannazuder Nr. 12 23 1/2. Matt.

**London, 18. Dez.** An der Küste angeboten 16 Weizenladungen. — Wetter: Schön.

**Amsterdam, 18. Dezember.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen pr. März 294.

**Antwerpen, 18. Dezbr.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen vernachlässigt. Hafer unverändert. Gerste weichend.

**Antwerpen, 18. Dezbr.** Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 25 bez. und Br., per Dezember — bez. — Br., pr. Januar 24 1/2 Br., pr. Januar-März 24 Br. Fest.

**Liverpool, 18. Dezember.** (Getreidemarkt.) Weizen, Mehl und Mais stetig. — Wetter: Schön.

**Liverpool, 18. Dezember.** Baumwolle (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 5000 Ballen amerikanische.

**Liverpool, 18. Dezember.** Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikanische 1/4 d. billiger. Middel. amerikanische Januar-Februar-Lieferung 6 1/2, Febr.-März-Lieferung 6 3/4 d.

**Newyork, 17. Dezbr.** Baumwollen-Wochenbericht. Zufuhren in allen Unionshäfen 239,000 B. Ausfuhr nach Großbritannien 92,000 B. Ausfuhr nach dem Kontinent 70,000. Vorrath 924,000 B.

**Newyork, 18. Dezember.** Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11 1/2, do. in New-Orleans 11 1/2. Petroleum in Newyork 9 1/2 Gd., do. in Philadelphia 9 1/2 Gd., rohes Petroleum 6 1/2, do. Pipe line Certificate — D. 91 C. Mehl 4 D. 75 C. Rother Winterweizen 1 D 18 C. Mais (old mixed) 58 C. Zuder (Fair refining Muscovados) 7 1/2. Raffee (Rio) 12 1/2. Schmalz (Marke Wilcox) 9 1/2, do. Fairbanks 9 1/2. do. Rohe & Brothers 9 1/2. Spec (short clear) 7 1/2 C. Getreidefracht 5 1/2.



